

Mindestlohn nach Gutsherrenart

Laurenz Meyer (CDU) äußerte sich jüngst in der Netzzeitung:

"Es gibt in Deutschland schon einen Mindestlohn - das ALG II (Hartz IV)."

Er will, dass Arbeitslose stärker in die Pflicht genommen werden. "Jeder der Sozialtransfers (d.h. ALG, Sozi etc.) bekommt und arbeitsfähig ist, muss seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen."

Da durch stetigen profitorientierten Stellenabbau kaum ein Arbeitsloser noch eine Anstellung finden kann, meint er wohl Ein-Euro-Jobs und ähnliche Zwangsmaßnahmen - also praktisch

„Zwangsarbeit zum Null-Tarif!“

Darüber hinaus äußerte er: "Von der Möglichkeit der Kürzungen werde noch zu wenig Gebrauch gemacht." und forderte härteres Vorgehen.

Bolkestein - ein fauler Kompromiss

Nachdem zigtausende von deutschen, französischen und anderen Gewerkschaftlern nachdrücklich in Straßburg und Berlin protestierten, haben die Euro-Parlamentarier sich auf ein paar kosmetische Korrekturen an der EU-Dienstleistungs-Richtlinie geeinigt.

So wird z.B. das immer wieder - wegen seiner unsozialen Folgen - angeprangerte Herkunftsland-Prinzip einfach umbenannt in "Freier Dienstleistungsverkehr" - wessen Freiheit hier gewährleistet werden soll wird bald klar. Eine Regulierung der Tätigkeit ausländischer Dienstleistungsunternehmen aus Gründen der Sozialpolitik oder des Verbraucherschutzes ist nicht zulässig.

Tarifverträge sind nur einzuhalten, wenn sie allgemeinverbindlich sind - sind sie es nicht, dann gilt der gesetzliche Mindestlohn, falls es einen gibt - gibt es den nicht, dann gelten die Tarife des Herkunftslandes.

Die Dienstleistungs-Unternehmen müssen im Zielland keine Niederlassung errichten und brauchen sich nicht registrieren zu lassen. Der Gerichtsstand ist damit im Herkunftsland - für Garantieansprüche oder Lohnforderungen heißt es dann demnächst also vor ein Gericht in Vilna, Kattowitz oder Lissabon ziehen.

Ganz nebenbei bedeutet diese Regelung langfristig das „Aus“ für Berufsgenossenschaften und Handwerkskammern und damit eine zunehmende Rechtlosigkeit von Arbeitskräften und Verbrauchern.

Viele Passagen sind offenbar bewußt so vage und schwammig formuliert worden, daß sie sich wie Gummi nach Bedarf biegen und dehnen lassen.

Wie geht es weiter?

Bis April wird die EU-Kommission einen überarbeiteten Entwurf vorlegen, der dann im Ministerrat behandelt wird - da ergeben sich noch reichliche Gelegenheiten weitere Verschlechterungen einzubauen.

Unser Kampf gegen die Bolkesteinrichtlinie muß also weitergehen.

NEIN ZU SOZIALEM AUSVERKAUF UND LOHNDUMPING

Zukunftsaussichten der Arbeiterinnen und Arbeiter unter der großen Koalition

Statt der angekündigten "Vorfahrt für Arbeit" setzt die große Koalition auf "Vorfahrt für Haushalts-sanierung". Im Koalitionsvertrag wird die soziale Schiefelage der letzten Jahre fortgeschrieben. Anstatt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sollen die Arbeitslosen weiter diszipliniert und ihre soziale Basis weiter abgebaut werden.

Rente mit 67 bedeutet nichts anderes als die Entlastung der Rentenkassen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Das angebliche Investitionsprogramm verdient den Namen kaum. Das Volumen ist zu klein, die Mittel sind zum Teil nicht einmal zusätzlich und jegliche mögliche positive Konjunkturwirkung wird durch die Mehrwertsteuererhöhung 2007 wieder zunichte gemacht.

Die Linksfraktion setzt dagegen auf die Erarbeitung eines Zukunftsprogramms, das tatsächlich von Inhalt und Volumen zukunftsweisend und konjunkturfördernd wirkt.

Sie setzt sich ein für eine Mindestlohnregelung und die Rücknahme von Hartz IV.

Sie wehrt sich gegen weitere Deregulierungen über die EU-Dienstleistungsrichtlinie oder die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge.

Veranstaltung: am Donnerstag den 2. März um 19:00 Uhr in Iserlohn

Begegnungsstätte "Altes Stadtbad" Poth 10, mit **Ulla Lötzer** MdB,

.....
S.E.I. aktiv / Sauerländer Erwerbslosen-Initiative

Kontaktadresse: Armin Kligge, Thomees Kamp 17, 58644 Iserlohn

Tel.: 02371-29408, Fax: 02371-27619, eMail:

Armin.Kligge@gmx.de